

Ein marxistisches Sozialismusmodell für das 21. Jahrhundert. Ein Überblick

Das Scheitern des Sozialismusversuchs in den leninistischen Ländern ist ein untrügliches Zeichen für fundamentale Widersprüche im damals praktizierten System der zentralen Planwirtschaft. Insbesondere beim Vergleich der beiden deutschen Staaten kommt man nicht umhin festzustellen, daß die spontanen Regelmechanismen der kapitalistischen Marktwirtschaft in der BRD zu höherer Arbeitsproduktivität geführt haben, als die in der DDR angewandten Methoden der zentralen Planung. Aber auch in den auf Privateigentum gegründeten Marktwirtschaften türmen sich Großprobleme wie Überproduktionskrisen, wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen, Raubbau in der Land- und Forstwirtschaft und der Fischerei, Hungersnöte und soziales Chaos in Entwicklungsländern, Zerstörungen natürlicher Lebensgrundlagen durch wirtschaftliches Überwachstum. Die Überproduktionskrisen führen zur Zunahme der Not von Millionen Menschen, die hoffungslose Lage der ökonomisch rückständigen Produzenten im Kampf mit den Produzenten mit den besten Bedingungen in den Industrieländern auf Basis der Warenproduktion haben zur Marginalisierung eines Großteils der Produzenten der Entwicklungsländer, zu permanenten Hungersnöten und zur Armut von Milliarden Menschen geführt, und das Überwachstum der Weltproduktion und der Weltbevölkerung bedroht die Existenz der Menschheit. Die Grundwidersprüche der alten, der kapitalistischen Produktionsweise verschärfen sich offenbar tatsächlich in ihrer späten Entwicklungsphase und bestätigen damit Marxens Voraussage.

Wie aber können diese Probleme gelöst werden?

Da man in der Sowjetunion und anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks die Warenproduktion als Grundlage der sozialistischen Produktion deklariert hatte – die Kennziffer Steigerung der Warenproduktion war z.B. in der DDR eine der wichtigsten Kennziffern für die Jahresendprämie der VEB-Betriebe – kommt man an sich nicht umhin festzustellen, daß die Sozialismustheorie von Marx und Engels in diesen Ländern, nach einigen anfänglichen anderweitigen Versuchen, im grundsätzlichen aufgegeben wurde. Wer aber hat sich in diesem Punkt geirrt, Marx und Engels oder die Theoretiker des letzten Sozialismusversuchs? Jedenfalls stellt die Entscheidung für die Warenproduktion als Grundlage der sozialistischen Wirtschaft eine radikale Revision des Marxismus bzw. eine grundlegende Verfälschung der marxistischen Sozialismustheorie dar. Die Aussagen von Marx und Engels in dieser Hinsicht sind eindeutig:

"Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt ... " (Friedrich Engels, MEW Bd.19, S.226)

"Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus, ..." (Karl Marx, MEW Bd.19, S.19).

"Gebrauchsgegenstände werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten sind." (Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, S. 87).

Warum aber haben die Versuche im 20. Jahrhundert, insbesondere in der Sowjetunion, die Warenproduktion aufzuheben und durch eine neue produktivere Produktionsweise zu ersetzen letztlich zum Mißerfolg geführt?

Zur Annäherung an die Lösung des Problems kann man zunächst die Frage stellen, was die wesentlichen Unterschiede zwischen der Warenproduktion und der sozialistischen Nichtwarenproduktion sind bzw. sein müßten. Es hat sich m.E. gezeigt, daß durch die Antwort, daß die Warenproduktion aufgehoben wird, indem das Privateigentum durch gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln ersetzt wird, noch lange nicht die Frage beantwortet ist, welche ökonomischen Prinzipien der neuen Produktionsweise zugrunde liegen sollen. Es wird damit nur beantwortet, wer Besitzer der Produktionsmittel sein soll, ungeklärt bleiben damit insbesondere die Fragen, wie nach der Aufhebung der Warenproduktion und des Wertgesetzes die Preisbildung im neuen ökonomischen System funktionieren soll, durch welches Ziel das Gewinnziel der Unternehmen ersetzt werden soll, und wie die Verteilung der Güter ohne den Warenaustausch organisiert werden soll. **Es müssen meines Erachtens vornehmlich vier Prinzipien durch die Sozialismustheorie beschrieben werden, erstens, die Prinzipien der Wert- und Preisbildung im Sozialismus, zweitens, die Prinzipien, die eine höhere Arbeitsproduktivität und eine bessere Motivation für hohe Leistungen der Unternehmen möglich machen, drittens, die Prinzipien der Verteilung der Güter, die sich von der alten Verteilung, also von der Aufteilung in Lohn und Profit generell unterscheiden, und viertens, die Rolle von Markt und Plan im Sozialismus, einschließlich des Prinzips der Planung eines nachhaltigen gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftswachstums.**

Eine Lösung des Wert- und Preisbildungsproblems in der nicht auf Warenproduktion gegründeten sozialistischen Wirtschaft wäre meines Erachtens die folgende.

Wenn erstens, auf die betrieblichen Kosten CK nur noch ein Steuer- und Abgabenaufschlag ST erhoben wird, so daß für den Wert des Produkts die Formel $Y=CK+ST$ gilt, und wenn zweitens, der Staat den Steuer- und Abgabenaufschlag so festlegt, daß alle Ausgaben der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme ersetzt werden können, wozu benötigt dann eine solidarische auf Arbeitseinkommen festgelegte Gesellschaft den Gewinn? Alle gesellschaftlich notwendigen Aufwendungen können in diesem Fall durch den Verkauf der Produkte zum Preis $Y=CK+ST$ regelmäßig ersetzt werden. Waren die Kosten des Unternehmenssektors einer Volkswirtschaft z.B. $CK=3000\text{Mrd.€}$ und die Kosten des öffentlichen Sektors und der sozialen Sicherungssysteme $ST=1000\text{Mrd.€}$, dann berechnet sich der Aufschlagsatz auf die Kosten zu $st'=ST/CK=1000/3000=0,3333=33,33\%$. Stellt ein Unternehmen ein Produkt mit den betrieblichen Kosten von z.B. $CK=9\text{€/Stck}$ her, dann kann festgelegt werden, daß zur Preisbestimmung ein Kostenaufschlag von 33,33%, also im Beispiel im Betrag von $ST=9*0,3333=3\text{€/Stck}$ angerechnet werden muß. Die individuellen betrieblichen Kosten und ein administrativ vorgegebener Aufschlagsatz bestimmen dann den Preis, und nichts sonst weiter. Steigen die Kosten zum Beispiel auf $CK=12\text{€/Stck}$, dann steigt der Aufschlag auf $ST=12*0,3333=4\text{€/Stck}$. **Der Steueraufschlag ST steigt also in diesem System, wenn die Kosten steigen. Wäre er Gewinn, dann wäre der Betrieb mit den höchsten Kosten der erfolgreichste, nach dem Motto: um so fauler das Betriebskollektiv um so höher die Kosten und um so höher der Gewinn.** Ziel in der

sozialistischen Wirtschaft wäre es dann mit möglichst hohen Kosten zu produzieren. Der Widersinn des Profitziels auf Grundlage dieser Preisbildung ist also offensichtlich. Wenn aber kein Profit erwartet wird und prinzipiell im Preis nicht mehr enthalten ist, und wenn der Profit nicht mehr Maß der betrieblichen Leistung ist, dann verschwindet das „Paradoxon“ schlagartig - man verkauft die Produkte dann einfach nur zu ihrem gesellschaftlichen Kostenpreis. Ein Produkt, welches den Hersteller und die Gesellschaft mehr kostet als ein anderes, wird zu einem höheren Preis verkauft. Die Information, die der Preis darstellt, ist dann eine sehr direkte und zweckmäßige. Ein niedrigerer Preis zeigt dann an, daß das Produkt mit geringerem Aufwand hergestellt wurde, und ein höherer Preis zeigt den höheren Aufwand an. Der Käufer wählt das gleiche Produkt mit dem niedrigeren Preis und damit das Produkt, welches mit dem geringsten Aufwand hergestellt wurde.

Auf diese Weise wäre also eine Preisbildung ohne Gewinnaufschlag und ohne das Wertgesetz der Warenwirtschaft möglich. Die Aufteilung des produzierten Einkommens in Lohn und Profit könnte aufgehoben werden und damit würde der Weg für eine solidarische Verteilung frei gemacht werden.

Aber durch welche Umstände würden auf Basis des gesellschaftlichen Eigentums der Warenaustausch und die Warenproduktion aufgehoben werden? Allein der Hinweis auf einen Ersatz des Privateigentums durch das gesellschaftliche Eigentum erklärt die Sache noch nicht.

Zur Klärung des Problems steht zunächst Marxens Definition zur Verfügung, daß Waren Produkte sind, die für den Austausch produziert werden. **Aber was muß sich ändern, damit die Produkte der sozialistischen Unternehmen nicht mehr für den Austausch produziert werden?** Diese Frage kann wie folgt beantwortet werden:

Wenn alle sozialistischen Unternehmen ihre Produkte vollständig in einen Fonds des Volkes bzw. in einen großen Gemeinschaftsfonds liefern würden, und wenn die Produkte der sozialistischen Unternehmen damit zunächst in Volkseigentum verwandelt werden würden, ebenso die Einnahmen aus dem Verkauf aller Produkte, dann würden die Unternehmen ihre Produkte nicht mehr für den Austausch produzieren, sondern eben für die Lieferung in einen Fonds des Volkes. Nach dem Verkauf der volkseigenen Produkte und der zunächst vollständigen Konzentration der finanziellen Mittel in den Händen einer staatlichen Zentrale könnte jedem sozialistischen Unternehmen oder jedem sozialistischen Konzern nach einem volkswirtschaftlichen Plan jederzeit soviel Geld für Produktionsmittelkäufe und Löhne zugeteilt werden, daß alle nötigen Produktionsmittel gekauft und hinreichende Löhne gezahlt werden könnten. Es würde damit eine neues Verteilungssystem eingeführt werden, das eine planmäßige, solidarische Verteilung möglich macht, die mit dem Warenaustausch bzw. mit der Verteilung in der Warenwirtschaft bzw. mit der kapitalistischen Aufteilung des Einkommens in Lohn und Profit nichts mehr zu tun hätte. Das Prinzip der Verteilung wäre ein ähnliches wie im Urkommunismus, d.h. alle Produkte der Gemeinschaft würden zunächst in einen großen Topf des Volkes geliefert und danach nach gesellschaftlichen Übereinkünften und damit nach einem gemeinschaftlichen Plan aufgeteilt bzw. zugeteilt werden, nur eben, im Gegensatz zum Urkommunismus, zunächst in Geldform und nicht sofort in Naturalform. Es würde also zunächst Geld zugeteilt werden, und danach würden die Unternehmen und Haushalte dem gesellschaftlichen Fonds Naturalien nach ihrer freien Wahl im Rahmen ihrer finanziellen

Möglichkeiten entnehmen. Ein solches System der Verteilung nach politischen Entscheidungen hätte mit der Verteilung über den Warenaustausch wirklich nichts mehr zu tun. Alle Unternehmen könnten in einem solchen Geldzuteilungssystem aus dem großen Topf des Volkes jederzeit mit den nötigen finanziellen Mitteln versorgt werden, so daß Bankrotte und Massenarbeitslosigkeit jederzeit verhindert werden könnten. In einem solchen System der Produktion der Produkte für die ganze Gemeinschaft anstelle der Produktion für den Austausch durch einzelne Unternehmen, sowie der Verteilung nach gemeinschaftlichen Übereinkünften anstelle der Verteilung über Kapitalbesitz und Gewinn, könnte die heutige Verteilungsweise, die auf der einen Seite Hungernde und Verhungerte auf der einen Seite und Multimillionäre und Milliardäre hervorgebracht hat, überwunden werden.

Das oben kurz beschriebene System der Geldverteilung kann man Globalzuteilungssystem GZS nennen. Nach dem ersten Grundsatz des Systems geben die Produktionsbetriebe ihre gesamten Einnahmen aus Produktverkäufen an den Staat ab. Die Betriebe erhalten ihre finanziellen Mittel für Produktionsmittelkäufe und Löhne damit nicht mehr durch Einnahmen aus Produktverkäufen, sondern durch planmäßige Zuteilungen aus dem Fonds ihrer Unternehmensvereinigung VSU (sozialistischer Konzern, Kombinat, Genossenschaftsvereinigung), und die VSU ihrerseits erhält ihre finanziellen Mittel durch Zuteilungen aus einem staatlichen Fonds nach einem volkswirtschaftlichen Plan. **Aber, und das ist entscheidend, die Gelder werden den Unternehmensvereinigungen nicht mit staatlichen Planvorgaben zu ihren Produktionsprogrammen zur Verfügung gestellt, sondern nur mit der allgemeinen Maßgabe, daß das Grundziel ihrer Produktion die Befriedigung der zahlungsfähigen Nachfrage auf dem Markt nach eigenständiger Marktforschung und eigenen Entscheidungen sein muß. Die Regelmechanismen des Marktes könnten auf diese Weise auch weiterhin voll genutzt werden, dies allerdings nur im Rahmen der Globalzuteilungen nach dem Volkswirtschaftsplan.**

Die sozialistischen Konzerne und ihre Betriebe würden als freie, sich selbst verwaltende Wirtschaftseinheiten konstituiert werden, die frei über die Produktionsmittel und die zugeteilten finanziellen Mittel verfügen, und die über ihre Produktionspläne unabhängig vom Staat entscheiden können. Das allgemeine Ziel "Befriedigung der Nachfrage auf dem Markt" würde ihnen allerdings als gesellschaftliche Pflicht vorgegeben, und sie können letztlich nur diejenigen finanziellen Mittel verausgaben, die ihnen als Globalsummen durch den Volkswirtschaftsplan zugeteilt wurden.

Im Zuge der Globalzuteilung an die sozialistische Unternehmensvereinigung VSU sollte durch die staatliche Plankommission nur vorgegeben werden, welcher Teil für Löhne und Gehälter und welcher für Produktionsmittelkäufe verwendet werden muß. Über alle anderen Verwendungspositionen sollten Vereinigungen sozialistischer Unternehmen eigenständig und eigenverantwortlich und damit unabhängig vom Staat entscheiden, also z.B. auch über Investitionen in bestimmte Produktionslinien und Projekte. Dem Staat hingegen würde das Recht der Einflußnahme auf die Naturalpläne der Betriebe, auf die Verwendung der finanziellen Mittel der Unternehmensvereinigungen im einzelnen, sowie das Recht der Produktionsleitung prinzipiell entzogen werden. Er würde sich vielmehr auf die Planung des Gesamtprodukts der sozialistischen Wirtschaft im reinen Geldbetrag auf Basis der globalen planmäßigen Verteilung der Finanzen

konzentrieren (vgl. Wolfgang Hoss, "Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft", Norderstedt Deutschland 2006, Abschnitte 3.2 und 3.8 und 4.3).

Vor der Zuteilung der Globalsumme an das Kombinat ermitteln dessen Betriebe zunächst den zur Befriedigung der prognostizierten Nachfrage voraussichtlich erforderlichen Finanzbedarf für Produktionsmittelkäufe und Löhne, das Kombinat beziffert dann den Gesamtfinanzbedarf und beantragt bei der staatlichen Plankommission eine Zuteilung in dieser Höhe, und die staatliche Plankommission gleicht danach die tatsächlichen Zuteilungen an die Kombinate so ab, daß die geplante volkswirtschaftliche Gesamtausgabensumme nicht überschritten wird.

Die monetären Rahmenbedingungen, insbesondere die Grobverteilung der Finanzen, würden im Globalzuteilungssystem also im volkswirtschaftlichen Maßstab geplant werden, aber die Naturalproduktionspläne würden allein durch die Nachfrage auf dem Markt bestimmt werden. Markt- und Planwirtschaft könnten auf diese Weise in Einklang gebracht werden.

Die Aufgabe des Gewinnziels der Unternehmen wäre kein ökonomischer Nachteil, sondern ein Vorteil, wenn es durch das Ziel maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität ersetzt werden würde. Es müßte hierzu allerdings eine neue Methode zur Messung der Steigerung der betrieblichen Arbeitsproduktivität eingeführt werden, die im folgenden kurz beschrieben wird.

Es wäre in einem sozialistischen Staat mit Globalgeldzuteilungssystem möglich, die Geldzuteilungen der Zentrale an die sozialistischen Unternehmensvereinigungen mit der Rate der Gesamtarbeitszeit wachsen zu lassen. Zum Beispiel bei einem Wachstum der jährlichen Gesamtarbeitszeit im sozialistischen Unternehmenssektor um 1% könnte die Gesamtgeldzuteilung an die Unternehmensvereinigungen ebenfalls um 1%, also mit der Rate des Arbeitszeitwachstums erhöht werden. Das Verhältnis des im Jahr neu produzierten Werts bzw. des Nationaleinkommens N zur insgesamt im Jahr im Unternehmenssektor aufgewandten Arbeitszeit t_n wäre damit annähernd eine Konstante. Zum Beispiel bei einem Nationaleinkommen von $N=2000\text{Mrd.€}$ und einem Arbeitszeitaufwand von $t_n=50\text{Mrd.h}$ wäre ein Neuwert pro Stunde von $2000\text{Mrd.€}/50\text{Mrd.h}=40\text{€/h}$ produziert worden (ein Stundennationaleinkommen von 40€). Der arbeitszeitbestimmte Geldwert wäre damit $wG=50\text{Mrd.h}/2000\text{Mrd.€}=0,025\text{h/€}$. Im Produkt eines Unternehmens im Preis von $Y=150\text{Mill.€}$ steckt damit die Arbeitszeit von ungefähr $t=150\text{Mi.€}\cdot 0,025\text{h/€}=3,75\text{Mill.h}$. Die Arbeitsproduktivität p ist als Verhältnis der Produktion Y_r zur aufgewandten Arbeitszeit t definiert, so daß für die Arbeitsproduktivität im Ausgangsjahr 0 die Beziehung $p_0=Y_{r0}/t_0$ gilt. Für die Arbeitszeit gilt bei im Durchschnitt arbeitszeitbestimmten Preisen die Beziehung $t=Y\cdot wG$. Damit gilt für die Arbeitsproduktivität der 0.Jahresperiode $p_0=Y_{r0}/(Y_0\cdot wG)$. Und für die Arbeitsproduktivität des 1.Jahres gilt damit $p_1=Y_{r1}/(Y_1\cdot wG)$. Und damit gilt für die Steigerung der Arbeitsproduktivität im neuen Jahr im Vergleich zum Vorjahr die Beziehung $I_{p1}=p_1/p_0$ bzw. $I_{p1}=Y_{r1}/(Y_1\cdot wG)/(Y_{r0}/wG)$ bzw. $I_{p1}=Y_{r1}/Y_1\cdot Y_0/Y_{r0}$, und da im Ausgangsjahr immer $Y_0=Y_{r0}$ gilt und damit immer $Y_0/Y_{r0}=1$ ist, gilt für die Steigerung der Arbeitsproduktivität im neuen Jahr 1 im Vergleich zum Vorjahr die Beziehung

$I_{p1}=Y_{r1}/Y_1$ Steigerung der Arbeitsproduktivität bei arbeitszeitbestimmten Preisen

Wenn also der sozialistische Staat die Gesamtgeldzuteilungen etwa mit der Rate der im Jahr aufgewandten Arbeitszeit wachsen lassen würde, dann könnte die Steigerung der betrieblichen Arbeitsproduktivität einfach durch das Verhältnis der Produktion real Y_r (produzierte Mengen bewertet mit rechnerisch konstant gehaltenen Preisen) zur Produktion nominal Y (produzierte Mengen bewertet mit tatsächlichen Verkaufspreisen) gemessen werden. In dieser Form wird die in den verbrauchten Produktionsmitteln steckende Arbeitszeit mitberücksichtigt. Wenn z.B. im neuen Jahr die Produktion real von $Y_{r0}=Y_0=150\text{Mill.€}$ um 4% auf $Y_{r1}=156\text{Mill.€}$ gesteigert wurde, und wenn es dem Betriebskollektiv gelungen ist den Produktionsmittelverbrauch des Vorjahres im Betrag von $C_{c0}=90\text{Mill.€}$ im neuen Jahr auf $C_{c1}=88\text{Mi.€}$ zu senken, und wenn der eigene Arbeitszeitaufwand nicht gestiegen ist und daher die Neuwertproduktion unverändert $N_1=N_0=60\text{Mill.€}$ geblieben und damit das Jahresprodukt des Betriebes zum Preis von $Y_1=88+60=148\text{Mill.€}$ verkauft wurde, dann hat der Betrieb die Arbeitsproduktivität auf $I_{p1}=Y_{r1}/Y_1=156\text{Mi.€}/148\text{Mill.€}=1,054$ und damit um etwa 5,4% gesteigert.

In dieser Form ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität allgemein zwischen den Betrieben vergleichbar meßbar. Es kommt dann darauf an einen möglichst großen realen Reichtum, also zunächst insbesondere möglichst große Mengen der betrieblichen Erzeugnisse mit möglichst niedrigem nominalen Wert, also zu möglichst niedrigen Preisen und damit mit möglichst geringem Arbeitszeitaufwand zu produzieren. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität kann damit direkt gemessen werden, so daß der Umweg über eine Steigerung der Profitrate nicht mehr nötig ist.

Kurzgefaßt und etwas vereinfacht kann die Methode, die auf Basis der oben skizzierten neuen ökonomischen Prinzipien ein planmäßiges nachhaltiges Wachstum der Gesamtproduktion real einer Volkswirtschaft möglich machen würde, wie folgt beschrieben werden:

Für die Produktion real Y_r gilt die Beziehung $Y_r=p*t$. Hierin bezeichnet das Symbol p die Arbeitsproduktivität und das Symbol t die aufgewandte Arbeitszeit. Steigt die volkswirtschaftliche Arbeitsproduktivität in der Jahresperiode z.B. um 3% und bleibt der Gesamtarbeitszeitaufwand unverändert, dann wächst die Produktion real um 3%. Wenn hingegen die Gesamtproduktion real der Volkswirtschaft im Interesse des Umweltschutzes nicht wachsen soll, dann genügte es die Gesamtarbeitszeit um 3% zu verringern, was z.B. bei gleicher Gesamtzahl der Beschäftigten durch Arbeitszeitverkürzung pro Arbeiter um 3% möglich wäre. Durch eine mehr oder weniger große Verkürzung der Arbeitszeit könnte also das volkswirtschaftliche Produktionswachstum real planmäßig geregelt bzw. gedämpft werden.

Bei Nullwachstum der Produktion real und Nullwachstum der Bevölkerung würde der Reichtum pro Kopf unverändert bleiben, wenn aber das Nullwachstum durch Arbeitszeitverkürzung herbeigeführt werden würde, dann würde den Arbeitern mehr Freizeit zur Verfügung stehen. Mit weniger Arbeitsaufwand würde der gleiche Reichtum pro Kopf produziert werden, und den Arbeitern und Angestellten würde mehr Zeit und Muße für frei gewählte angenehme Freizeitbeschäftigungen zur Verfügung stehen. Die produzierten Mengen würden zwar im Mittel nicht mehr wachsen, aber die Qualität der Erzeugnisse könnte ständig weiter verbessert werden, was einer Reichtumsvergrößerung gleichkäme. Wenn z.B. bessere Autos produziert werden, dann

vergrößert sich der produzierte Gebrauchswert und damit der wirkliche Reichtum auch dann, wenn die gleiche Zahl an Autos wie im Vorjahr produziert wurde.

Wenn außerdem die extremen Einkommensunterschiede zwischen der Mehrheit der Bevölkerung und den Superreichen, den Multimillionären und Milliardären, stark verringert werden würden, dann könnte in einem heute reichen Land die große Mehrheit in größerem Wohlstand leben als vorher, trotz Nullwachstum oder nur noch langsamem Wachstum der Produktion real.

Und die vielen Umweltschutzmaßnahmen würden dann nicht mehr durch das exponentielle Wachstum überkompensiert werden. Das letztlich in vieler Hinsicht hoffnungslose Anrennen gegen die "Kettenreaktion des exponentiellen Wachstums" könnte sofort planmäßig beendet werden.

Bankrotte und Massenarbeitslosigkeit würde es nicht mehr geben, da alle sozialistischen Unternehmen Mitglieder einer großen nationalen Gemeinschaft wären und aus dem großen Topf der Gemeinschaft jederzeit mit finanziellen Mitteln für die nötigen Produktionsmittelkäufe und Löhne versorgt werden könnten. Es hat sich übrigens herausgestellt, daß es bereits durch das halbherzige und bürokratische zentralstaatliche Geldzuteilungssystem der DDR möglich wurde jederzeit Massenarbeitslosigkeit zu verhindern und das Recht auf Arbeit zu garantieren. Gescheitert ist dieses System natürlich nicht am Prinzip der jederzeitigen Arbeitsplatzsicherung, sondern am Prinzip des leninistischen Staatstrusts, darunter der ökonomisch unzweckmäßigen zentralstaatlichen Naturalproduktionsplanung, die unvermeidlich zu Bürokratie und Ineffizienz in den Produktionssystemen bzw. zu vergleichsweise niedriger Arbeitsproduktivität führen mußte. Das Nachahmen der kapitalistischen Warenproduktion auf Basis des leninistischen Staatstrusts führt, wie es die Erfahrung gezeigt hat, zu einem ökonomischen System mit niedriger Arbeitsproduktivität im Vergleich zu den privatkapitalistischen Systemen mit gleichen oder ähnlichen Ausgangsbedingungen (Vergleiche z.B. BRD und DDR). Ein neues ökonomisches System bzw. eine neue ökonomische Grundordnung kann im Kampf gegen die alte Ordnung aber letztlich nur erfolgreich sein, wenn sie die höhere Arbeitsproduktivität entwickelt, so wie dies durch Marx beobachtet und dargelegt wurde.

Sehr wahrscheinlich wird die Steigerung der Arbeitsproduktivität, oder die Verhinderung des Sinkens der Arbeitsproduktivität, im 21. Jahrhundert für den Sieg einer neuen, solidarischen und nachhaltigen Ökonomie von entscheidender Bedeutung sein. Das Versiegen der Quellen der ökonomisch und technisch günstigsten Rohstoffe und anderen natürlichen Ressourcen kann eventuell unvermeidlich zu sinkender Arbeitsproduktivität in der Weltwirtschaft führen. Die Ökonomie mit der höchsten Arbeitsproduktivität kann dann zwar eine sinkende Arbeitsproduktivität eventuell nicht verhindern, aber im produktiveren ökonomischen System sinkt dann die Arbeitsproduktivität langsamer (oder gar nicht), während das weniger produktive System immer weiter zurückfällt. Der Kampf um eine möglichst hohe Arbeitsproduktivität und damit der Kampf um eine möglichst hohe Produktion des Reichtums pro Stunde und pro Arbeitskraft, verliert also auch dann nicht seine zentrale Bedeutung.

Literaturhinweise

1. Behrens, Fritz, Ware, Wert und Wertgesetz - Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus, Berlin 1961
2. Behrens, Fritz, Franke, Albert, Domin, Ernst, Zeitsummenmethode, Berlin 1963
3. Blessing, Klaus, Ist sozialistischer Kapitalismus möglich?, Berlin 2003
4. Brie, Michael, Wer ist Eigentümer im Sozialismus?, Berlin 1990
5. Cockshott/Cotrell, Alternativen aus dem Rechner, Köln 2006
6. Crome, Erhard, Sozialismus im 21. Jahrhundert, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2006
7. Dieterich, Heinz, Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, Berlin 2006
8. Engels, Friedrich, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW Bd. 19, S.181-210, Dietz Berlin
9. Gruppe Internationale Kommunisten Hollands, Hrsg. Mergner, Gottfried, Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung, Hamburg 1971
10. Hoss, Wolfgang, Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft, Norderstedt 2006
11. Kornai, Janos, Das sozialistische System, Baden-Baden 1995
12. Marx, Engels, Werke, Dietz Berlin
13. Marx Karl, Engels Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW Bd. 4, S.459-493, Dietz Berlin. (Der Text kann auch im Internet heruntergeladen werden unter dem Stichwort: "Karl Marx/Friedrich Engels - Manifest der Kommunistischen Partei" in der Google-Suchmaschine)
14. Matho, Fred, Ware-Geld-Beziehungen im Neuen Ökonomischen System, Lektionen der Parteihochschule Karl Marx beim ZK der SED, Berl, 1965
15. Moulian, Tomas, Ein Sozialismus für das 21. Jahrhundert, Zürich 2000
16. Müller, Horst, Sozialwirtschaft als Systemalternative, S. 254-289 in: Müller Horst, Hrsg., Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft, BoD-Verlag Norderstedt, 2005
17. Nehring, Hartmut, Von vorn beginnen, aber nicht bei Null, in "Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 11, 1990
18. Peters, Arno, Das Äquivalenzprinzip als Grundlage der Globalökonomie, Vaduz 1996
19. Sik, Ota, Die sozialgerechte Marktwirtschaft, Freiburg im Preisgau 1990
20. Steinitz, Klaus, Chancen für eine alternative Entwicklung, Linke Wirtschaftspolitik heute, Hamburg 2005
21. Wagenknecht, Sahra, Elsässer, Jürgen, Vorwärts und vergessen? Hamburg 1996
22. Wallerstein, Immanuel, Utopistik, Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien 2002
23. Wenzel, Siegfried, Plan und Wirklichkeit, St.Katharinen 1998